Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 336. Sonnabend den 1. December 1888. 82. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 2. December, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Wiesenverpachtung.

Folgende der Stadtgemeinde gehörige **Wiesen** in der Flur Leipzig bez. Connewitz

1) **Parthenwiese**, Parcelle Nr. 2781 des Flurbuchs, neben und hinter dem Gothischen Bad von 45,57 Ar = 247 □R.,
2) **Abtheilung 6** des s. g. **Eilenburger Rodelands** an dem von der Lindenauer Chaussee nach der Heiligen Brücke führenden Fahrwege von 2 Hektar 76,71 Ar = 5 Acker,
3) s. g. **Schönefelder Wiese** am Nonnenweg von 2 Hektar 2,21 Ar = 3 Acker 196 □R.,
4) die **Vorländer** und **Dämme** auf **beiden Ufern** des **Pleißenfluthbettes oberhalb** der Brücke auf dem Schleußiger **Wege** von 1 Hektar 74,7 Ar = 3 Acker 47 □R.,
5) **desgleichen** auf dem **linken Ufer des Pleißenfluthbettes unterhalb** obiger Brücke und auf dem **rechten Ufer** der **Paußnitzfluthrinne unterhalb** der Fluthbrücke auf dem nämlichen Wege von zusammen 1 Hektar 42,5 Ar = 2 Acker 172 □R.,
6) **Vorland** und **Damm** auf dem **linken Ufer** der **Paußnitzfluthrinne** ebenfalls **unterhalb** der Fluthbrücke bis an die Grenze der Abtheilung K der Heiligen Wiesen von 93,8 Ar = 1 Acker 208 □R.,
7) die **Vorländer** und **Dämme** auf **beiden Ufern** der **Paußnitzfluthrinne oberhalb** der Fluthbrücke **einschließlich** des **Stückes Elsterfluthrinne** bis an den Connewitzer Linienweg von 1 Hektar 29,0 Ar = 2 Acker 99 □R.

Flächengehalt sollen zur Gras-, Heu- und Grummetnutzung, mit Ausschluß jeder anderen Benutzungsweise, auf die **zehn Jahre 1889 bis mit 1898**

Dienstag, den 4. December d. J., Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an die Meistbietenden **verpachtet** werden.

Die Versteigerungs- und Verpachtungsbedingungen, sowie die betr. Situationspläne liegen in der Expedition unserer Oekonomie-Inspection, Johannisplatz Nr. 9, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 21. November 1888.

Ib. 4560. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Stadtverordneten **haben** wir beschlossen, den Satz unter B 1 des **Tarifs zur Lagerhofordnung** vom 31. März 1853 — Arbeitsleistungen für trockene Waaren mit Ausnahme von Getreide, Rapssaat und Heringen — von 5 ₰ auf 6 ₰ für 50 kg zu **erhöhen**, was vom Königlichen Ministerium des Innern im Einverständnisse mit dem Königlichen Finanzministerium laut an die Königliche Kreishauptmannschaft ergangener, mittelst Beschlusses derselben vom 15. October d. J. uns zugefertigter Verordnung vom 8. desselben Monats **genehmigt worden** ist.

Wir bringen dies hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die gedachte Tariferhöhung vom 1. December d. J. ab in Kraft treten soll.

Leipzig, den 27. November 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hentschel.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 15. dss. Mts., den Verlust des Dienstbuches der Friederike Minna Louise Hedwig **Kornagel** aus Eutritzsch betreffend, durch Auffindung des Buches.

Leipzig, am 24. November 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
II. 8503. Bretschneider. Seidig.

Bekanntmachung. Liebertwolkwitz.

Die in unserer Verwaltung stehende
Sparcasse zu Liebertwolkwitz
bleibt wegen des vorzunehmenden Rechnungsabschlusses **vom 4. December 1888 bis mit 1. Januar 1889 geschlossen.** Während dieser Zeit können ungekündigte Einlagen nicht zurückerhoben werden, wohl aber wird an den üblichen Cassentagen — **Montags** und **Donnerstags** — die Annahme von Einlagen gegen Lösung neuer Bücher, sowie die Annahme von Capitalzinsen des IV. Quartal 1888 erfolgen.

Der erste Cassentag **im neuen Geschäftsjahr wird am 3. Januar 1889 abgehalten.**

Liebertwolkwitz, am 26. November 1888.

Der Gemeinderath.
Dyck, Gem.-Vorst.

Bekanntmachung.

Zur Beaufsichtigung der Privatbauten in **hiesiger Stadt** und zur Unterstützung des Baupolizeicommissars bei der **Begutachtung der** Pläne für diese Bauten soll für unsere **Baupolizeiabtheilung** ein erfahrener Bautechniker, welcher **mindestens** die **staatliche Meisterprüfung** bestanden hat, mit einem **jährlichen Gehalt von 3000 ℳ** vom 1. Januar flgn. Js.
als **I. Baucontroleur** angestellt und vom gleichen Zeitpunct ab ein ebenso befähigter **Bautechniker** zur Beihilfe bei der Beaufsichtigung der Privatbauten mit 175 ℳ Tagegelder für den Monat als **III. Baucontroleur** angenommen werden.

Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beigabe von Zeugnissen bis zum 15. December lfdn. Js. bei **uns anbringen.**

Chemnitz, den 27. November 1888.

Der Rath der Stadt Chemnitz.
André, Oberbürgermeister. Wilde.

Städtische Sparcasse
beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.
Leipzig, den 14. Januar 1888.
Die Sparcassen-Deputation.

Nichtamtlicher Theil.

Die Krisis in Spanien.

Spanien steht gegenwärtig vor einer wichtigen Entscheidung. Sagasta hat sich entschlossen, das allgemeine Stimmrecht einzuführen und damit den Verfassungsstaat den Wünschen der Republikaner entsprechend weiter zu entwickeln. Sagasta beweist durch diesen Entschluß, daß er sich entweder sehr sicher oder sehr unsicher fühlt. Geht er von dem Gedanken aus, daß die spanische Monarchie auf hinreichend fester Grundlage ruht, um eine so durchgreifende Veränderung ohne Schaden ertragen zu können, dann kommt es auf den Erfolg an, welcher ihm dann Recht oder Unrecht geben wird; thut aber Sagasta den verhängnißvollen Schritt nur, um sich am Ruder zu erhalten, dann verdient er Tadel und ist für die Folgen verantwortlich zu machen, die sich daraus ergeben werden. Die Einführung des allgemeinen Stimmrechts in Spanien ist seit langer Zeit erwogen worden, schon Alfons XII. hat dieser Angelegenheit seine Aufmerksamkeit gewidmet, und in der Hauptsache war es nur die Warnung von Canovas del Castillo, welche ihn von diesem Experiment zurückgehalten hat. König Alfons war stets geneigt, der republikanischen Agitation durch dieses Zugeständniß die Spitze abzubrechen. Der nunmehr drei Jahre todte König hatte zwei Dinge als seine Hauptaufgabe erkannt: die Schaffung einer den Anforderungen der Zeit entsprechenden Armee und den freiheitlichen Ausbau der Verfassung. Er wußte sehr wohl, daß die Verhältnisse Spaniens eine Ueberstürzung nicht gestatten, nur schrittweises besonnenes Vorgehen konnte zum erwünschten Ziele führen, und in dieser Beziehung hat er das Mögliche geleistet. König Alfons hat in den elf Jahren seiner Regierung sehr viel gethan, um geordnete Zustände in Spanien herzustellen, und die Königin-Regentin hat auf der geschaffenen Grundlage fortzuwirken vermocht, sie hat es erfahren, daß sie es mit einer zugleich edlen und leidenschaftlichen Bevölkerung zu thun hat, welche die Vorzüge einer von den besten Absichten geleiteten Regierung zu würdigen weiß, aber auch großen Werth auf politische Freiheit legt. Dieses Streben nach Erweiterung der politischen Rechte mag noch so unklar sein, es kann vielleicht einzig und allein das Ergebniß der republikanischen Agitation sein, aber es ist vorhanden, und die Regierung ist genöthigt, damit zu rechnen.

Sagasta hatte bei Uebernahme des Ministeriums sein Programm dahin entwickelt, daß er die Regierung in liberalem Sinne führen und die dadurch bedingten Reformen ins Werk setzen werde. Canovas del Castillo hatte selbst den Rath ertheilt, daß die Königin-Regentin Sagasta mit der Regierung beauftrage, und dieser Rath hat sich bisher als gut erwiesen. Jetzt ist aber der Zeitpunct eingetreten, in welchem die Versprechungen eingelöst werden müssen, die Sagasta bei Uebernahme des Ministeriums gemacht hat, oder ein Nachfolger an seine Stelle treten muß, um darzuthun, daß die Königin-Regentin Spanien für ein größeres Maß von politischen Rechten noch nicht für reif erachtet.

Canovas del Castillo hat im October eine Rundreise angetreten, um eine conservative Bewegung gegen die Einführung des allgemeinen Stimmrechts einzuleiten. Diese Reise ist ihm schlecht bekommen, in Saragassa, in Sevilla, in Valencia, endlich bei seiner Rückkehr nach Madrid haben Republikaner und Liberale ihm in sehr deutlicher Form zu erkennen gegeben, daß sie die Einführung des allgemeinen Stimmrechts wünschen und erwarten, und der Einfluß der conservativen Partei hat sich nicht stark genug erwiesen, um dieser Bewegung gegenüber Stand zu halten und Sagasta von seinem Posten zu verdrängen. Die Königin-Regentin hält an dem Rathgeber fest, dem sie in schwerer Zeit die Führung der Staatsgeschäfte anvertraut hat, und demgemäß wird mit der Einführung des allgemeinen Stimmrechts jetzt Ernst gemacht.

Am 28. November hat Sagasta in einer Versammlung der Mehrheit der Abgeordneten in Anwesenheit aller Minister mit Ausnahme des Kriegsministers die Einbringung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Einführung des allgemeinen Stimmrechts, angekündigt und bei diesem Anlaß die Liberalen zur Einigkeit und die Conservativen zur Mäßigung im Interesse des Friedens des Landes ersucht unter dem Ausdruck des Bedauerns über die feindlichen Kundgebungen gegen Canovas del Castillo. Nach Lage der Verhältnisse konnte Sagasta nicht anders handeln, er mußte entweder zurücktreten, wenn er die Verantwortung für die geplante wichtige Verfassungsänderung nicht tragen wollte, oder eine Verständigung mit den Conservativen anstreben.

Sagasta hat durch sein Bedauern über die Angriffe gegen Canovas del Castillo zu erkennen gegeben, daß er die Verdienste dieses Führers der conservativen Partei um Spanien wohl zu würdigen weiß, aber er hält an seinem vor drei Jahren entwickelten Programm fest, um so mehr, als die Zeichen der Zeit ihm Recht gegeben zu haben scheinen und als die Königin-Regentin zur Einführung des allgemeinen Stimmrechts ihre Zustimmung ertheilt hat. Ob und welche Verhandlungen der Regentin und Sagasta's mit den Conservativen dieser Erklärung vorangegangen sind, entzieht sich der öffentlichen Kenntniß, es ist aber anzunehmen, daß Canovas del Castillo sich dem Gewicht der Thatsachen anbequemt und es als unmöglich erkannt hat, die Regierung unter den bestehenden Verhältnissen zu übernehmen, da er sich alsdann mit einem zu Ausschreitungen geneigten Theil der Bevölkerung in directen Gegensatz bringen würde.

Deutschland kann nur den Wunsch hegen, daß die Sache der Monarchie in Spanien triumphirt, und wenn auch die conservative Partei bisher größere Bürgschaften für Aufrechthaltung der Monarchie zu bieten schien, so haben doch die Vorgänge der neuesten Zeit bewiesen, daß eine allzu schroffe Durchführung der conservativen Grundsätze in Spanien leicht zu einer Katastrophe führen könnte. Die Abberufung des Grafen Benomar aus Berlin hat dort einen schlechten Eindruck gemacht, das Schreiben des Fürsten Bismarck an den scheidenden Botschafter entbehrt nicht des Vorwurfs gegen das Ministerium, welches diese Abberufung verfügt hat. Ueberhaupt scheint der Eintritt Vega de Armijo's in das Ministerium Sagasta in Verbindung mit Ordnungen zu stehen, welche den deutschen Interessen nicht entsprechen. Das ist aber eine Frage, welche mit der Einführung des allgemeinen Stimmrechts entweder in keinem oder nur in einem losen Zusammenhang steht. Daß eine Annäherung zwischen Spanien und Frankreich in neuester Zeit stattgefunden hat, ist unzweifelhaft, aber nach Allem, was darüber bisher verlautete, kann nur angenommen werden, daß diese Annäherung, soweit Spanien dabei in Betracht kommt, keine feindliche Spitze gegen Deutschland, sondern nur die Wahrnehmung der auf die geographische Lage Spaniens gebotenen Interessen zum Gegenstande hat. Jedenfalls ist die Veränderung, welche sich gegenwärtig in Spanien vorbereitet, eine solche, welche die Aufmerksamkeit Europas rechtfertigt.

Leipzig, 1. December.

* Die außerordentlich freundliche und herzliche Aufnahme, welche dem Herzog von Aosta und seiner Gemahlin, der Prinzessin Lätitia, in Berlin bereitet wurde, hat in Rom, wie der „Politischen Correspondenz" von dort geschrieben wird, allgemein überaus hohe Befriedigung hervorgerufen. Es heißt in dem Briefe: Die auszeichnende Art, mit welcher man in der deutschen Reichshauptstadt dem Bruder des Königs von Italien entgegenkam, wird allgemein als ein neuer Beweis der ausgezeichneten, gegenwärtig zwischen Italien und Deutschland bestehenden Beziehungen betrachtet. Dem Umstande, daß der Besuch des Herzogs von Aosta in Berlin mit dem Aufenthalte des Erzherzogs Ferdinand von Oesterreich-Este zusammenfiel, wird gleichfalls eine gewisse symptomatische Bedeutung mit Bezug auf den Bestand des Dreibundes beigelegt. Obgleich man davon entfernt ist, anzunehmen, daß die genannten Mitglieder der Herrscherhäuser von Oesterreich-Ungarn und Italien in Berlin irgendwelche politische Missionen zu erfüllen hatten, erblickt man in dem gleichzeitigen Aufenthalte derselben am Berliner Hofe gleichwohl auch einen Ausdruck des zwischen den drei Staaten bestehenden Verhältnisses. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß zwischen dem deutschen Kaiser und dem König von Italien seit der letzten Anwesenheit des Kaisers in Rom ein äußerst herzliches persönliches Verhältniß besteht und daß die beiden Monarchen mit einander in lebhafter, telegraphischer sowie brieflicher Correspondenz stehen.

* Ueber den Termin für den Zusammentritt des preußischen Landtages ist noch keine Bestimmung getroffen. Man nimmt an, daß erst zu Ende der ersten Decemberwoche eine Sitzung des Staatsministeriums anberaumt werden wird, um sowohl über den Tag der Einberufung als auch über die Vorlagen endgiltig zu beschließen. Wahrscheinlich ist, wie dem „Hamburgischen Correspondenten" geschrieben wird, daß für die Einberufung des Landtages der 15. Januar gewählt werden wird, da ein späterer Termin nicht zulässig ist, der 14. Januar aber auf einen Montag fällt, den Wochentag, der mit Rücksicht auf diese Abgeordneten, welche den Sonntag nicht zur Reise benutzen mögen, schon seit Jahren von der Wahl für den Beginn einer parlamentarischen Session ausgeschlossen worden ist. Die Eröffnung aber schon in die vorausgehende Woche zu legen, widerspricht der üblichen Rücksichtnahme auf Diejenigen, welche zu Anfang des Jahres noch durch die Erledigung eigener Angelegenheiten in der Heimath festgehalten werden. Die Ressortminister haben, wie verlautet, noch nicht vollständig ihre Anträge bezüglich der von ihnen vorbereiteten Gesetzentwürfe zur Kenntniß des Staatsministeriums gebracht. Es ist jedoch wohl anzunehmen, daß die Session keine allzu arbeitsreiche werden wird.

* Nachdem die drei Stichwahlen zum lippischen Landtage stattgefunden haben, deren Ergebniß übrigens die Thatsache nicht ändert, daß die Mehrzahl der Abgeordneten in den wichtigsten Fragen sich der Regierung gegenüber durchaus ablehnend verhalten wird, sind den Abgeordneten die in der bevorstehenden Tagung zu erledigenden Vorlagen zugegangen. Unter ihnen steht in erster Linie der Etat für die beiden nächsten Jahre, welcher keine bemerkenswerthen Veränderungen enthält. Eine andere Vorlage betrifft die Gehaltsverhältnisse des Directors und der Lehrer des fürstlich verstaatlichten Gymnasiums zu Lemgo, eine dritte die Erhöhung des Schulgeldes am Gymnasium zu Detmold. Zwei weitere Vorlagen betreffen die Ermäßigung des Schulgeldes an den Volksschulen, die letzte bildet der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Giltigkeitsdauer des Gesetzes vom 16. Januar 1885 wegen Gewährung von Entschädigungen für Ausgaben zu militairischen Zwecken. Die so oft schon in Aussicht gestellte Thronfolgevorlage wird auch diesmal noch nicht erscheinen. Ob das mit der Beurlaubung des Cabinetsministers v. Richthofen zusammenhängt, der eines ernsthaften Halsleidens wegen auf ärztliches Gebot nach Italien gereist ist, steht dahin.

* * *

* Im Gebiete der deutschen Sprachinsel Gottschee im südlichen Krain, wo in 170 meist kleinen Ortschaften neben 26 000 deutschen schwäbisch-bayerischen Stammes nur etwa 1000 Slowenen wohnen, giebt es gegenwärtig eine slowenisch-deutsche Volksschule (zu Suchen, dem westlichsten Grenzorte) und 23 deutsche Volksschulen, in denen zusammen über 3200 deutsche Kinder einen geregelten Unterricht zum größten Theil von deutschen, zu einem kleineren Theile von slowenischen aber deutsch sprechenden Lehrern empfangen. 17 von diesen Schulen sind einclassig, 5 zweiclassig, je 1 drei- und vierclassig. Längst schon hätten die allermeisten dieser Schulen um je eine Classe erweitert werden sollen, aber der in seiner Mehrheit slowenische Landtag verweigert die Mittel hierzu, in Krain werden nämlich die Lehrer nicht von den Gemeinden, sondern von der Landesregierung besoldet. Neue Schulen wären ebenfalls dringend nöthig, da die Kinder oft stundenweit zu gehen haben und die fünf Nothschulen zu Schwarzenbach, Altbacher, Obergras, Küchlern und Skrill so gut wie nichts leisten. Doch die Gemeinden sind zu arm, als daß sie aus eigenen Mitteln dem Gesetz entsprechende Schulhäuser bauen könnten. Angesichts dieser Nothlage hat der Wiener Schulverein schon bedeutende Summen aufgewandt, um die Sprachinsel Gottschee mit ausreichenden deutschen Schulen zu versehen: er hat den Gemeinden Masern, Schöflein und Lichtenbach neue Schulhäuser errichtet, den Gemeinden Unterwarmberg und Langenthon beträchtliche Beihilfen zum Schulbau gegeben und in Maierle bei Tschernembl eine ganz neue Schule ins Leben gerufen; in nächster Zeit dürften mit Hilfe des Schulvereins öffentliche deutsche Schulen in Obergras und Skrill erstehen. Beide Anstalten sind von nicht geringer Bedeutung, insofern sie die Sprachinsel nach Süden hin gegen Slovenen und Kroaten schützen werden. Leider ist der derzeitige Schulinspector in Gottschee, ein stockslovenischer Geistlicher, der hier und da, allerdings ohne Erfolg, die slowenische Sprache in die deutschen Schulen einzuschmuggeln sucht und auch sonst die Bestrebungen der Gottscheer, ihre Heimath rein deutsch zu erhalten, zu durchkreuzen sich bemüht. Die Gründung neuer Schulvereinsortsgruppen zu Ring und Masern hat er jedoch nicht verhindern können. Bald dürften sogar 8 Ortsgruppen des Wiener Schulvereins in dem Gottscheer Gebiete mit Erfolg thätig sein, da neue Zweigvereine auch noch in Nesselthal, Tschermoschnitz, Stockendorf und Mösel im Entstehen begriffen sind. Das Untergymnasium in Gottschee, an dem mit einer Ausnahme nur deutsche Lehrer wirken, wie auch die Holzindustrieschule daselbst, die den Grund zu einer gesunden Hausindustrie legen soll, gedeihen vortrefflich.

* Die belgische Anarchistenfiliale erregt durch die Lebhaftigkeit ihrer [illegible] Umtriebe seit einiger Zeit den berechtigten Verdacht der dortigen Sicherheitsbehörden. Das in Belgien herrschende System des reinen, unverfälschten Parlamentarismus hat seit Jahr und Tag, nach der bequemen Theorie des manchesterlichen Gewährenlassens, den wirthschaftlichen und socialen Entwickelungszuständen im niederen Volke wenig oder gar keine Beachtung gewidmet, sondern Zeit und Kraft im Concurrenzkampfe der Liberalen mit den Klericalen um die Kammermehrheit, um die Eroberung der Ministerportefeuilles, zugesetzt. Insofern können die oberen Classen der belgischen Bevölkerung von einer gewissen Mitschuld an dem Umsichgreifen der anarchistischen Irrlehren nicht ganz freigesprochen werden, denn jedenfalls würden letztere nicht entfernt den Anklang und Zulauf seitens der Arbeiter gefunden haben, wenn diese anderweitig besser berathen gewesen wären. Daran aber fehlte es bislang in Belgien und fehlt es auch heute noch; man darf sich daher nicht verwundern, wenn die Gährung in den unteren Schichten des Volkes permanent bleibt und in regelmäßigen Zwischenräumen einen höheren Grad von Intensität erreicht. Etwas dergleichen ist offenbar jetzt wieder im Anzuge begriffen. An verschiedenen Puncten sind anarchistisch geleitete Kundgebungen in Scene gesetzt worden; Rufe nach Lohnerhöhung wechseln mit Streikdrohungen ab. In Brüssel und einigen Provinzorten fanden Zusammenrottungen statt, zu deren Sprengung Polizei und Gendarmerie in Thätigkeit gesetzt werden mußten. Eine nicht zu unterschätzende Rolle bei dem ganzen Spektakel spielen die französischen Sympathien der belgischen Arbeiter, beziehungsweise der denselben zu Grunde liegende Gedanke, daß nach dem nur noch als eine Frage ganz kurzer Frist betrachteten Siege der anarchistischen Revolution in Frankreich eine der ersten Thaten der neuen Ordnung — richtiger aber Unordnung — der Dinge die Einmischung des Sansculottenthums in die belgischen Angelegenheiten zu Gunsten der dortigen „frères et amis" sein werde. Und daß zu beiden Seiten der Grenze eifrigst zwischen den Umsturzverschworenen conspirirt wird, erhält eine charakteristische Beleuchtung durch die vom Präfecten des französischen Norddepartements getroffenen Anordnungen behufs verschärfter Ueberwachung des Grenzverkehrs. Auch in Belgien hat man militairische Sicherheitsmaßregeln ins Auge gefaßt.

* Unterstaatssecretair Fergusson erwiderte im englischen Unterhause auf eine Anfrage, die Regierung beobachte Neutralität in dem Bürgerkriege auf Samoa. Der englische Consul sei angewiesen, seine Intervention auf den Schutz der Person und des Eigenthums englischer Unterthanen zu beschränken. Er könne nicht sagen, welche Mittel die Vertragsmächte zur Herstellung der Ordnung, die England zu fördern wünsche, zu adoptiren geneigt seien. Der erste Lord des Schatzes, Smith, erklärte, eine Verstärkung der Occupationsarmee in Egypten sei in Folge der Entsendung englischer Truppen nach Suakim nicht erforderlich.

Militairisches.

* Nach der im neuesten Central-Unterrichtsblatt enthaltenen Uebersicht über die Schulbildung der im Ersatzjahre 1887/88 in Heer und Marine eingestellten preußischen Mannschaften waren ohne Schulbildung in der gesammten Monarchie 1,7 Procent. Am günstigsten ist es in dieser Beziehung in Hohenzollern bestellt, wo kein Mann ohne Schulbildung eingestellt wurde. Diesem am nächsten steht Schleswig-Holstein mit 0,5, die Rheinprovinz mit 0,7 und Sachsen mit 0,9 Procent, dann Hessen-Nassau mit 0,12, Brandenburg und Westfalen mit je 0,13, Hannover mit 0,17, Pommern mit 0,39 und Schlesien mit 0,88 Proc. Am übelsten steht es mit den Provinzen Posen und West- und Ostpreußen. In der ersteren beläuft sich der Procentsatz der ohne Schulbildung eingestellten Mannschaften auf 3,46, in den beiden letztern sogar auf 4,9 bezw. 4,19 Procent.

Aus Oesterreich.

* Im österreichischen Reichsrath gelangt das neue Gesetz über bäuerliche Erbfolge mit seinen mannigfachen Bestimmungen zur Annahme. — Der Motivenbericht des neuen Wehrgesetzes ist dem Reichsrath vorgelegt worden. Die Blätter beschäftigen sich mit ihm; volle Zustimmung wird ihm nur von den Regierungsblättern zu Theil. Die slawische Presse betont aufs Neue das zähe Festhalten an der deutschen Armeesprache, die deutschliberalen Blätter besprechen die Härten des Gesetzes und die Lücken im Motivenbericht; neue Momente kommen bei der Erörterung nicht zu Tage, wie es auch keinem Zweifel unterliegt, daß das neue Wehrgesetz im Sinne der Regierung zur Annahme gelangt. — Bei der Ersatzwahl zum Reichsrath im nordböhmischen Landwahlkreis Tetschen-Schluckenau wurde an Stelle des verstorbenen deutschnationalen Führers Dr. Karl Pickert der gleichfalls deutschnationale Julius Lippert gewählt, als Generalsecretair des Vereins zur Verbreitung von Volksbildung auch in Deutschland wohlbekannt. Herr Lippert wurde seiner nationalen Gesinnung wegen schon vor Jahren als Director der Realschule zu Budweis gemaßregelt, ging hierauf nach Deutschland, um frei dem literarischen Berufe leben zu können. Seine culturhistorischen Arbeiten, die gründliches fachmännisches Studium mit volksthümlicher Darstellung verbinden, fanden in literarischen Kreisen Deutschlands die größte Beachtung. Herr Lippert, der seit Jahresfrist etwa wieder in Oesterreich lebt, tritt der vereinigten deutschen Linken als Mitglied bei. — Da ist der Siebenbürger Sachse Steinacker im Reichsrath Ungarns ein anderer Mann. Er läßt sich nicht maßregeln. Er fand den Muth, die Klagen seines gemaßregelten Volks-